'ran an den Feind!

Kein Blatt vor den Mund genommen

Nach der Reichstagswahl wird in republikanischen Kreisen lebhaft über den Zustrom zu den antirepublikanischen Parteien diskutiert. Am 14. November ist zwar nicht „Deutschland erwacht", aber so mancher Republikaner hat sich nach dieser Katastrophenwahl die Augen klar gerieben und sich gesagt, daß es Zeit wird, für den republikanischen Gedanken wieder aktiv zu werden. Mancher unsrer Gesinnungsfreunde hatte seit Jahr und Tag einen „Winterschlaf" gehalten, aus dem er durch den Wahlerfolg der Nazis und Kozis unsanft aufgeschreckt worden ist.

In der Folge hat sich zweierlei Erfreuliches ereignet: erstens ist die Aktivität unsrer Bewegung verstärkt worden, wir haben uns mehr gerührt und sehen heute manchen in unsern Reihen, der jahrelang nur Papiersoldat war; zweitens hat man darüber nachgedacht, worauf der Vormarsch der Republikfeinde zurückzuführen ist. Dabei begnügte man sich nicht nur mit der Feststellung, daß die wirtschaftliche Not viele Menschen zur Verzweiflung und damit in die Arme der berufsmäßigen politischen Demagogen treibt. Es wurde auch offen zugegeben, daß wir Republikaner Fehler begangen haben, die teils zur Interessenlosigkeit der Massen der republikanischen Bevölkerung, teils zu ihrem Abmarsch ins Lager der Gegner geführt haben.

Durch diese überall geführten Diskussionen ist in weiten Kreisen der republikanischen Bewegung die längst erforderlich gewesene theoretische Klärung herbeigeführt worden.

Aber genügt es, daß wir Republikaner uns selbst über die Lage der Dinge klar sind und wissen, was zu tun ist? Nein, jetzt kommt es darauf an, unsre Ideen und unsern republikanischen Willen in die Massen hinauszutragen! Wir haben eine gute Sache zu vertreten. Ueberall müssen wir für sie eintreten, sei es in der Verteidigung oder im Angriff. Es genügt nicht, selbst überzeugter Republikaner zu sein. Man muß seine Ueberzeugung weitertragen zu denen, die vom republikanischen Kampfe noch nichts wissen, oder die im gegnerischen Lager stehen.

Mit welchen Methoden soll das geschehen? Man kann sich diese Methoden im politischen Leben leider nicht immer aussuchen, sondern muß sie beweglich gestalten, je nachdem welchen Gegner man vor sich hat. Wir müssen vom Gegner lernen! Sprechen wir es offen aus: einen Teil ihrer politischen Erfolge haben Nazis und Kozis dem Schneid und der Unverfrorenheit zu verdanken, womit sie ihre politischen Wassersuppen unter das Volk bringen. Sie selbst bilden sich nicht ein, daß sie mit ihren Phrasen die Massen überzeugt haben. Aber es genügt ihnen, wenn sie den Unwissenden durch forsches Auftreten, durch schnoddrige Redensarten und Kraftworte imponieren. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß solche Methoden auf weite Kreise der Bevölkerung Eindruck machen. Sie haben eine große Scheu vor dem Nachdenken, sind „Masse Mensch" und kennen sich in der Politik (die ja selbst den geschulten Republikaner oft wie eine Art „Geheimwissenschaft" anmutet) nicht im geringsten aus. Für sie kommt es oft nur darauf an, daß ein Agitator eine „große Klappe" hat. Eine einstündige, logisch aufgebaute und überzeugend vorgetragene Rede wird oft in 5 Minuten von einem demagogischen Phraseur umgeschmissen, wenn ein paar saftig übertriebene Korruptionsfälle, die „Schandtaten" irgendeines „Bonzen" aufgetischt werden, oder wenn der Phraseur „beweist", daß die Riesenarbeitslosigkeit eine Folge der Republik, der Demokratie und des Parlamentarismus ist.

Nazis und Kozis haben bewußt eine Verwilderung des politischen Lebens betrieben. Mit sachlichen Argumenten konnten sie der republikanischen und demokratischen Bewegung nicht zu Leibe rücken. Sie haben mit voller Absicht zu den gefüllten Dreckkübeln gegriffen. Da wir sehen, daß sie damit nicht geringen Erfolg gehabt haben, müssen wir unsre Kampfmethoden umstellen.

Zunächst sollte jeder Reichsbannermann den Mut haben, überall für unsre Sache einzutreten! Frisch heraus mit unsern politischen Argumenten, auch wenn das mitunter nicht so gefeilt und geschliffen klingt. Nur nicht dem Gegner eine Antwort schuldig bleiben. Seinen Gegner muß man sich ansehen. Will er sachlich diskutieren, gut, dann dienen wir ihm mit sachlichen Argumenten. Wir sollen nicht um jeden Preis den „rauhen Ton" anschlagen. Ist aber unser Gegner ein Rauhbein und Demagoge, dann müssen wir — bildlich gesprochen — die Langschäftigen anziehen und mitten hineinsteigen in seinen Phrasensumpf. Greift ein Kommunist das Reichsbanner an, dann wird man ihm kurz die Lügen widerlegen. Dann aber gleich zum Gegenangriff vorgehen! Schlagt den Kommunisten, indem ihr auf die Führerkorruption in der KPD., auf das Moskauer Marionettentheater, auf die berufsmäßigen Führerspaltungen, auf die Entrechtung der KPD.-Mitglieder in ihrer Partei, auf die unkontrollierbaren zahlreichen kommunistischen Sammlungen hinweist. Wo bleiben die vielen Arbeitergroschen, die die KPD. schnorrt? Kein Arbeiter bekommt darüber Auskunft. Sagt ihnen, daß sie berufsmäßige Spalter der Arbeiterorganisationen und als solche von den ärgsten Scharfmachern belobigt werden. Wenn ein Kommunist über die Republik geifert, dann wollen wir ihm sein Sowjetparadies schildern als ein Land, mit dessen politischen und wirtschaftlichen Zuständen wir deutschen Republikaner nicht einen Tag lang zufrieden wären. Lebensmittelmangel, Brotkarten, Wucherpreise für alle Waren, schlimmstes Wohnungselend in den Städten, Schundlöhne, Abbau jeder Arbeitslosenunterstützung, Verwahrlosung von tausenden großstädtischer Kinder, Korruption in der Sowjetbeamtenschaft, Bluttaten der Tscheka, Erschießung oder Verbannung politisch Andersdenkender, schlimmste Bonzokratie — das alles muß man den Moskowitern in der Diskussion vorhalten. Wenn solch Sowjetanbeter immer wieder an deutschen Verhältnissen herumstänkert, dann ihm immer wieder mit bolschewistischer Münze heimgezahlt. Auf jeden Angriff mit einem Gegenangriff antworten!

Den Nazis gegenüber dieselbe Methode! Ihre Beschimpfungen der Republik mit einem Gegenschlag parieren. Zeigt ihnen den hergelaufenen Schlawiner Hitler „nackt": Wie er 1918 Sozialdemokrat war, wie er 1923 beim kläglich gescheiterten „Bierkeller"-putsch feige getürmt ist, wie er Prinzen, Grafen und Großkapitalisten mit ihren gefüllten Geldschränken und Bankkonten liebevoll in seine Arme schließt, wie Großunternehmer Propagandareden für die Nazi-„Arbeiter"-Partei halten, wie Hitler mit dem Deutschenhasser Rothermere politische Geschäfte macht und mit dem Bankfürsten v. Stauß intim diniert, wie dieser „Arbeiter" nur im Luxusauto fährt und eine prunkvolle Wohnung unterhält. Weist hin auf den Krach im Nazilager, auf die Rebellion gegen den Goebbels, zeigt, wie die 107 Braunhemden im Reichstag ihre Parolen von vor der Wahl verleugnen. Auch diese politischen Strauchritter muß man brandmarken als die Spalter der Arbeiterbewegung im Solde der Scharfmacher. Wohl ganz selten wollen die Nazis mit uns sachlich diskutieren. Mit Phrasen wollen sie uns treffen, schlagen wir mit wirksamen Schlagwörtern zurück.

Im Betrieb, in der Werkstatt, auf der Straße, in der Eisenbahn, in öffentlichen Lokalen — nirgends dürfen wir unsern Gegnern aus dem Wege gehen! 'ran an den Feind! Und nicht zimperlich mit den Burschen umgesprungen, die alles das in den Dreck trampeln möchten, was uns ans Herz gewachsen ist und wofür wir vielfältig Opfer gebracht haben. Wer sich aus sogenannter „vornehmer Gesinnung" im politischen Leben ins Bockshorn jagen läßt, der ist verloren und verdient die Abfuhr. Oft genug haben wir Reichsbannerleute bewiesen, daß wir, wo man uns dazu zwingt, uns und unsre Sache auch mit der Faust zu verteidigen wissen. Vor allem aber müssen wir mehr als bisher auch in der Diskussion an unsre Gegner heran! Unsre Parole sei: Kein Blatt vor den Mund genommen!

Ha.

Liquidation des russischen Arbeitsrechts

Zwangsarbeit für Arbeiterfamilien / Von Paul Olberg (Berlin)

I.

Die sozialpolitischen Maßnahmen der Sowjetregierung, die im Oktober des Jahres 1930 getroffen sind, bedeuten ohne Uebertreibung nicht mehr und nicht weniger als die Liquidation des Arbeitsrechts im bolschewistischen Staate, die Einführung der Zwangsarbeit, ja eine Rückkehr zur Leibeigenschaft. Sie heben die Freizügigkeit der Arbeiter auf. Alle wichtigen Errungenschaften der Sozialpolitik sind mit einem Schlage beseitigt worden. Schon ohnehin wurden in den letzten zwei Jahren die Rechte der Arbeitnehmerschaft im Sowjetparadies erheblich eingeschränkt. Nun soll der Arbeiter zum Leibeigenen des Sowjetstaates werden.

Rußland ist bekanntlich ein Staat der ausgesprochenen Parteidiktatur. Die gesamte Staatsgewalt liegt in den Händen der Kommunistischen Partei. Nur vom Gesichtspunkt der Interessen dieser Partei aus, oder richtiger, der obersten Instanzen der Partei, nämlich des Politischen Büros und des Zentralkomitees, wird das Recht geschaffen und angewandt. Und während in den westeuropäischen Rechtsstaaten die gesetzgeberischen, richterlichen und vollziehenden Gewalten streng voneinander geteilt sind, erkennt die Sowjetverfassung prinzipiell keine Gewaltenteilung an. Der Gesetzgeber ist zugleich der Richter und der Vollzieher des Gesetzes. Vielen, nicht nur zentralen sondern auch lokalen, Behörden ist das Recht eingeräumt, verbindliche (obligatorische) Bestimmungen zu erlassen, die Dekret, Verordnung, Instruktion usw. heißen und Gesetzeskraft haben. Ihre rechtliche Verbindlichkeit hängt lediglich von zwei Bedingungen ab: der Erlaß darf nicht auf Widerspruch einer übergeordneten Behörde stoßen oder gar von dieser Behörde aufgehoben werden. In der Praxis kommt jedoch die Beanstandung eines Gesetzes von einer obern Instanz nicht in Betracht. Denn es liegt in der Natur des Diktatursystems, daß die Beamten ohne die Zustimmung ihrer Vorgesetzten keine Verordnungen erlassen, da sie keine Verantwortung für ihr Handeln übernehmen wollen. Somit sind die Quellen des sowjetrussischen Arbeitsrechts außerordentlich zahlreich, kann doch jeder Akt einer staatlichen Behörde eine Quelle des Rechts sein. Die Kautschukbestimmungen der Gesetzgebung sind unzählig. Unter solchen Umständen aber, wenn die Rechtsnormen des Landes nicht auf einer festen Basis beruhen, ist die tatsächliche politische Bedeutung des Arbeitsrechts in hohem Maße fragwürdig (problematisch), von den formellen Schwierigkeiten der praktischen Anwendung der Rechte schon gar nicht zu reden. Und es ist in Sowjetrußland durchaus nicht eine seltene Erscheinung, daß ein Arbeiter monatelang von einer Instanz zu der andern herumlaufen muß, bis er sein Recht bezüglich der Arbeitsbedingungen erhalten hat. Mitte 1928 berichtete sogar die Sowjetpresse von einem Fall, der über zwei Jahre auf dem „Instanzenwege" Touren machte! Es handelte sich um Schadenersatz für ungesetzliche Entlassung und um Anerkennung von Pensionsberechtigung.

Ferner ist ein andres, wirtschaftliches Moment zu berücksichtigen. In Sowjetrußland ist die gesamte Groß- und Mittelindustrie, der Großhandel, das Transport- und Bankwesen verstaatlicht. Der Staat ist der größte Unternehmer der Union. Aus technisch-organisatorischen und politischen Ursachen arbeiten die staatlichen Unternehmungen völlig unrentabel. Denn auch der Staatsbetrieb hat Spesen, auch der Staatsbetrieb braucht Ueberschüsse. Daraus ergibt sich eine widerspruchsvolle Lage der Staatsgewalt in der Arbeitsfrage: einerseits ist die regierende Kommunistische Partei ihrer politischen und sozialen Stellung nach berufen, die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen; anderseits aber schaltet ihre verkehrte Wirtschaftspolitik die Möglichkeit menschenwürdiger Arbeits- und Lebensbedingungen für die Arbeiterschaft aus. Dieser Widerspruch beeinträchtigt die russische Sozialpolitik ungeheuer. Immerhin waren bisher im russischen Arbeitsgesetzbuch weitgehende Rechte der Arbeitnehmerschaft verankert. Der Grundsatz der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses war derselbe wie in den kapitalistischen Ländern Europas: der Arbeitsvertrag durfte nur durch freies Uebereinkommen der Parteien entstehen. Im sowjetrussischen „Arbeitsgesetzbuch" heißt es wirklich: „Der Arbeitsvertrag ist eine Vereinbarung zwischen zwei oder mehreren Personen, nach der die eine Partei (die Arbeitnehmer) der andern Partei (dem Arbeitgeber) ihre Arbeitskraft gegen Entschädigung zur Verfügung stellt." (Artikel 27.) Eine Arbeitspflicht erkannte die Gesetzgebung bisher nur in einigen außerordentlichen Fällen an, nämlich bei Elementarereignissen und beim Mangel an Arbeitskräften zur Erfüllung wichtiger Staatsaufgaben, z. B. für Militärzwecke! Hier ist der Rat der Volkskommissare bevollmächtigt, durch besondere Verordnung die Bevölkerung zur Arbeitspflicht heranzuziehen. (Art. 11 des sowjetrussischen Arbeitsgesetzbuchs.) Die Arbeitsordnung wurde bisher durch freie Vereinbarung zwischen der Leitung des Unternehmens und der Gewerkschaft festgelegt. Die Festsetzung der „Leistungsnormen" erfolgte durch Uebereinkommen zwischen der Leitung und dem Betriebskomitee. Kollektivverträge (oder Tarifverträge) waren obligatorisch, wobei die Gewerkschaften als Vertreter der gesamten Arbeiterschaft des Betriebes, sowohl der organisierten als auch der unorganisierten Arbeiter, fungierten. Nun sollen alle betreffenden Rechte des Arbeiters zunichte gemacht werden!

Am 11. Oktober brachte der „Trud", das Zentralorgan der Sowjetgewerkschaften, die Verordnung des Volkskommissariats für Arbeit vom 9. Oktober d. J. über „die Einstellung der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung und die unverzügliche Entsendung von Arbeitslosen zur Arbeit". Die wichtigsten Artikel der Verordnung lauten wie folgt:

Im Hinblick auf den großen Mangel an Arbeitskräften in sämtlichen Zweigen der Volkswirtschaft wird den Versicherungskassen vorgeschrieben, die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung einzustellen.

Die Arbeitsorgane haben alle Maßnahmen zu treffen, um die Erwerbslosen zur Arbeit zu entsenden. In erster Linie kommen Erwerbslose in Betracht, die Anrecht auf Arbeitslosenunterstützung hatten.

Die Arbeitslosen sind nicht nur für Arbeiten in ihrem Berufe zu verwenden, sondern auch für andre Arbeiten, die keine besondere Qualifikation erfordern.

Keinerlei Gründe der Ablehnung der zugewiesenen Arbeit, außer Krankheit, die durch das Krankenhaus bescheinigt werden muß, dürfen anerkannt werden.

Die Verweigerung der zugewiesenen Arbeit muß die Streichung des Arbeiters aus den Listen der Arbeitsnachweise zur Folge haben.

Die Verordnung ist sofort in Kraft getreten. Ihre Durchführung ist auf telegraphischem Wege veranlaßt worden.

Die offiziöse Sowjetpresse versuchte die neue Maßnahme mit der frechen Lüge zu begründen, daß in Rußland keine Erwerbslosigkeit bestehe. Aber selbst sowjetamtliche Publikationen widerlegen diese dreiste Behauptung. Erst fünf Tage vor der Bekanntmachung der Verordnung über die Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung, nämlich am 6. Oktober, bezifferte die „Iswestija" das offizielle Organ der russischen Regierung, die Zahl der Arbeitslosen mit 600 000. In Wirklichkeit ist die Zahl der Erwerbslosen natürlich erheblich größer, da die offizielle Statistik nur die in den Arbeitsnachweisen registrierten Arbeitslosen anführt. Das ist an sich schon eine Minderheit! Die Unregistrierten, Ausgesteuerten usw. bilden einen sehr erheblichen Prozentsatz der Erwerbslosen.

Es muß hervorgehoben werden, daß die Bedingungen für die Eintragung in die Arbeitslosenlisten in Sowjetrußland sehr scharf sind. Laut Verordnung des Volkskommissariats für Arbeit vom 13. Juli 1929 wurden folgende Arbeitslosengruppen aus den Listen der Arbeitsuchenden gestrichen:

a) Personen, die nicht stimmberechtigt sind, mit Ausnahme derer, die während der letzten fünf Jahre bei produktiver Arbeit beschäftigt waren und ihre Loyalität gegenüber der Sowjetregierung bewiesen haben. Die Gewerkschaftsmitglieder unter ihnen werden mit dem Tage gestrichen, an dem dem Ueberwachungsausschuß zur Kenntnis kommt, daß sie kein Stimmrecht mehr besitzen. Familienangehörige der Arbeitslosen dieser Gruppe werden gleichfalls gestrichen, wenn sie nicht ihre volle Loyalität gegenüber der Sowjetregierung bewiesen haben und mindestens fünf Jahre bei produktiver und für die Gemeinschaft nützlicher Arbeit beschäftigt waren;

c) arbeitslose Arbeiter, die sich in den Räumen der Arbeitsämter ungehörig benommen haben und deswegen gerichtlich belangt sind.

Ferner arbeitslose Mitglieder in den nachstehend aufgeführten Gruppen für höchstens zwölf Monate:

a) Arbeitslose Arbeiter, die im Handel, einschließlich des Hausierhandels, beschäftigt sind;

b) arbeitslose Arbeiter, die ein Einkommen besitzen, das für ihren Bedarf und den ihrer Familie ausreicht;

c) arbeitslose Arbeiter, die vom Gericht oder von den öffentlichen Behörden wegen wiederholter Verstöße gegen die Satzungen der Arbeitsämter verurteilt sind!

Die sowjetamtliche Darstellung wegen der Ursache der Abschaffung der Erwerbslosenunterstützung entbehrt daher jeglicher realen Grundlage. Vielmehr ist die Maßnahme auf die Finanznot des Sowjetstaates zurückzuführen. Sehr merkwürdig, wenn auch für Kenner des Systems nicht überraschend, ist aber, daß die Sowjetregierung gerade auf dem Gebiet der Sozialpolitik sparen will.

Freilich seit Anfang des Jahres 1930 ist in manchen Industriezweigen Rußlands ein Mangel an Arbeitskräften zu verzeichnen. Er ist aber lediglich auf die verkehrte Organisation der Arbeit, auf das rasende, ausbeuterische Tempo des Fünfjahresplans und auf die schlechten Lebensmittel- und Wohnungsbedingungen zurückzuführen, welche die Flucht der Arbeiter aus den Industriestädten verursacht. (Schluß folgt.)

Das sowjetrussische Paradies

Von einem leitenden kaufmännischen Angestellten eines deutschen Konzerns, einem Kameraden, erhalten wir die nachstehenden Auszüge aus von verschiedenen Einzelfirmen zugegangenen Berichten. Sie bieten nichts Neues, aber sie sind eine wertvolle Bestätigung in einer Zeit, wo immer noch deutsche Steuergelder statt für notwendige innere Anlagen für russische Kredite verbraucht werden und wo sich militärische Persönlichkeiten immer noch in sowjetrussischen Träumen zu wiegen scheinen. Die Redaktion.

1. Mein Monteur (Firma X) ist heute vollkommen entkräftet und arbeitsunfähig zurückgekehrt. Aus seinen Berichten ging nie hervor, daß er wegen der Verpflegung dort irgendwelche Schwierigkeiten habe, doch berichtet er jetzt mündlich, daß er nicht gewagt habe, irgend etwas über die dortigen Verhältnisse zu schreiben aus Angst vor den Beamten der GPU. Es ist ein besonders kräftiger Monteur in den besten Jahren, der bei seiner Abreise vollkommen gesund war. Er berichtet, daß die dortige Verpflegung nicht ausreichend gewesen sei, das Fleisch sei meistens faul und ungenießbar und das Brot kaum verdaulich. Er erhielt nur, was ihm zugeteilt worden ist, die Möglichkeit, irgend etwas für sich einzukaufen, bestand nicht. Infolge der schlechten Ernährung brach der Monteur vollkommen zusammen. Er kam in ein Krankenhaus, wurde aber bald wieder entlassen, da dasselbe überfüllt war. Auf der Bahnfahrt konnte er auch keine Lebensmittel erhalten und kam daher so entkräftet in Deutschland an, daß er sich kaum allein aufrechthalten konnte.

2. Ein Monteur der Firma Z berichtet nach seiner Rückkehr:

Die Verhältnisse in Rußland haben im Laufe der letzten 6 Monate eine Verschlechterung erlitten, welche erschreckend ist. Das russische Volk hat gegenwärtig eine Zeit durchzumachen, woran es nie geglaubt hat. Unter diesem Elend leidet auch der ausländische Monteur. Es ist kein Wunder, wenn die Leute verstimmt sind, denn es läuft jeder in Hunger und Mißstimmung umher. Hätten die Leute zu essen und könnten sie sich das Nötigste für ihre paar Rubel kaufen, so wäre alles anders, denn der Russe ist der anspruchsloseste Mensch, den es überhaupt gibt. Aber heute ist das Elend so groß, daß eben gar nichts mehr zum Essen da ist als Schwarzbrot und Tee und vielleicht noch ein wenig Zucker. Genau so sieht es auch in den Betrieben aus. In der Fabrik, in der ich arbeitete, waren mehrere hundert Leute beschäftigt, aber zu essen gab es in der Kantine nichts. Mittags erhielt man schließlich eine Kartoffelsuppe mit einigen Krautblätterstücken und danach etwas recht versalzenen Fisch mit Graupen. Dieses Gericht gab es immer eine ganze Woche lang. Um den Durst von dem salzigen Essen zu stillen, steht in jeder Abteilung ein Kessel mit heißem Wasser. Man kann sich denken, wie man bei einer solchen Nahrung herunterkommt. Die Leute sind nicht mehr imstande, auch nur einige Stunden durchzuarbeiten.

3. Bericht eines andern Monteurs in der Firma Z:

. . . jetzt stehe ich wieder vor der heiklen Frage der Lebensmittel. Ich hatte bis zum Ende des Monats . . . noch kein warmes Mittagbrot zu mir genommen und konnte mir auch keine Lebensmittel für ein warmes Essen auf Grund meines Ausweises zulegen. Sehr schwer genießbares Schwarzbrot, Tee und etwas Butter bildeten die ganze Zeit meinen Lebensunterhalt. Ich fragte bei ein paar Hütten, die da standen, nach Lebensmitteln, bekam aber weiter nichts als Schwarzbrot. Man versuchte, mich nach . . . zu schicken, und dies bedeutete für mich weiter hungern.

4. Die Maschinenfabrik Y. schreibt:

Der Monteur beklagt sich sehr über mangelhafte Ernährung. Zum Beispiel teilte er vor einigen Tagen mit, daß er während der ganzen Zeit weder Fleisch noch Wurst bekommen hätte. Zweifellos ist er nicht in der Lage, sich von dem Verpflegungsgeld diese Nahrungsmittel zu kaufen. Ein an ihn gesandtes Paket mit Nahrungsmitteln kam nicht in seinen Besitz.

Der von Ihnen vorgeschlagene Verpflegungssatz von 10 USA.-Dollar sowie auch der Stundenlohn von 0,90 USA.-Dollar dürften durchaus nicht zu hoch gegriffen sein.

Obgleich der Monteur noch nicht zurückgekehrt ist, weiß ich schon heute mit Bestimmtheit, daß keiner meiner Leute zu bewegen sein wird, unter den jetzt dort vorliegenden Verhältnissen wieder nach Rußland zu gehen.

5. Eine weitere Firma:

Wir hatten erst vor kurzem wieder einen Monteur für mehrere Wochen in . . ., der sich über die riesige Verteuerung aller Lebensmittel und sonstigen hohen Ausgaben beklagt hat mit dem Bemerken, daß wir für weitere Montagen andre Leute schicken sollen, damit diese das Hungern auch mal lernen. Der betreffende Monteur war schon einmal . . . Monate im Moskauer Bezirk für uns tätig. Die Verpflegung ist in den letzten Wochen derartig schlecht gewesen, daß der Monteur zum Brot nur noch Gurken und Tomaten zu hohen Preisen erhalten konnte, Fleisch aber kaum zu sehen bekam. — Bei fernerer Entsendung eines Monteurs nach Rußland werden wir, je nachdem sich die Verhältnisse in Rußland entwickeln, mindestens Ihre Forderungen unterstützen, wenn nicht noch darübergehen. —

Von Putsch und Putschisten

Von Karl Vröger

Vorbemerkungen, die notwendig sind.

Nichts geschieht im Dasein des einzelnen wie ganzer Gruppen ohne zureichenden Grund. Es ist dabei gar nicht unbedingt nötig, daß dieser Grund immer gleich bewußt wird. Manchmal dauert es sogar recht lange, bis sich die Ursachen eines Ereignisses oder eines Zustandes klar erkennen lassen. In ihrer großen Mehrheit sind die Menschen leider noch nicht darauf erpicht, nur überlegt und vernünftig zu handeln. Wäre es anders, dann wäre in der Welt auch weniger verordnete Ordnung, und der Staat könnte sich begnügen mit der Aufgabe, die von seinen Bürgern selbstgesetzten und eingehaltenen Ordnungen zu bestätigen. Wir hätten dann eine vollkommene Demokratie, die aber wie alles Vollkommene wohl immer ein Wunschbild bleiben wird.

Der Mensch beklagt sich zu gern über die mangelnde Vollkommenheit dieser buckligen Welt, denkt aber nur äußerst selten daran, daß diese allgemeinen Mängel zuletzt immer zurückzuführen sind auf die fragmentarische Natur des Menschen selbst. Jeder will das Beste und nimmt ohne weiteres an, was er für das Beste hält, müßte das Beste schlechthin sein. Er verwundert sich schwer, wenn der andre das genaue Gegenteil für noch besser hält. So geschieht es, daß aus den besten Absichten oft die abscheulichsten Taten hervorgehen, während der umgekehrte Fall schwer denkbar ist. Ein wehleidiges Lebewesen, wie es der Mensch nun einmal ist, tröstet sich dann mit dem Unverständnis der andern, die nicht so wollen, wie er will. Der Kranz des Märtyrers ist rasch geflochten und aufgesetzt, weil kein Mensch ohne Nimbus zufrieden ist. Sei es auch nur die Gloriole eines Stammtisches!

Der Haß gegen Demokratie und Republik.

Die deutsche Umwälzung vom 9. November 1918 ist nach Meinung ahnungsloser Gemüter das Ergebnis einer dunkeln Verschwörung gewesen. Die Revolution ist „gemacht" worden. Es ist die gleiche kindliche Anschauung, die vorher schon den Weltkrieg hat „machen" lassen, und die heute noch überzeugt ist, daß Grey, Poincaré und Iswolski die Macher gewesen sind. Daß der große Niederbruch Deutschlands bereits im Herbst 1914 da war, wenn er auch im Spätsommer 1918 erst sichtbar wurde, wird solchen Leuten immer ein Geheimnis sein und bleiben. Sie schwören auf den Kalender, wie sie es von ihren Familienbegebenheiten her nicht anders gewohnt sind, und halten den 9. November 1918 für einen „schwarzen Tag". Beteiligt waren sie an diesem 9. November 1918 allerdings nur dadurch, daß sie alle erreichbaren Mauselöcher ausfüllten. Ein weniger erquickliches Schauspiel wird nicht leicht zu finden sein, als es diese widerstandslose Kapitulation eines bisher beinahe unumschränkt herrschenden Systems darbietet.

Den alten Staat hatten diese Kreise fallen gelassen, ohne mit der Wimper zu zucken. Aber den Mut, den sie zu seiner Verteidigung nicht aufbrachten, fanden sie alsbald wieder gegen den neuen Staat. Erst setzte nur ein Getuschel ein, wie es so üblich ist, wenn die Frau Meyer zum erstenmal mit einem neuen Kleid ausgeht. Man findet das bekanntlich immer empörend und erinnert sich gerührt an die „guten, alten Zeiten", wo es „so was" noch nicht gab. Dann wurden die Kritiker nach und nach kühner, nicht zuletzt veranlaßt durch die manchmal schon sträfliche Langmut des neuen demokratischen Staates. Zuerst nur in kleineren Kreisen, die sich aber immer mehr ausbreiteten, wurde die Kritik beinahe sportmäßig gepflegt, systematisch ausgebaut und an die nachwachsende Generation herangetragen. Der durch die Auflösung des alten Heeres seiner ideellen Stellung mehr als seiner materiellen Sicherheit entkleidete Herr Oberst a. D. begann für die „große Zeit" zu schwärmen. Am ärgsten wurde die Schwärmerei, wenn der Herr Oberst diese „große Zeit" als Verwalter eines Proviantamts überstanden hatte. Was vor dem 9. November 1918 war, empfing nun einen Schimmer, den es vorher selbst für die eingefleischten Anhänger der Monarchie nicht gehabt hatte. Schwer fiel es auch weiter nicht, das Paradereich Wilhelms II. als ein goldenes Zeitalter Deutschlands erscheinen zu lassen. Die junge Republik hatte nichts zu bieten, was sich an äußern Glanz mit dem Deutschland vor 1914 messen konnte. Ganz im Gegenteil mußte sie die stärkste Entsagung auf allen Gebieten üben, auf denen vorher nach Meinung des Herrn Oberst a. D. das Wort von den „herrlichen Zeiten" gerechtfertigt war. Die zähe, weiter nicht ins Auge fallende Kleinarbeit der Republik, Deutschlands Wiederaufstieg vorzubereiten, entging den nationalen Stammtischen entweder vollständig, oder wurde mit Witzen bedacht, die der geistigen Höhe dieser Stammtische durchaus entsprachen.

Auf einmal wußte es jeder besser. Die durch die Weimarer Verfassung gegebene Freiheit der Anschauung schlug um in jene echt deutsche Nörgelei, der nichts recht ist, was gerade ist. Und wie es schon bei uns immer war: Sachlich begründete Umstände, die keinem sonderlich gefallen, verkörperten sich in einzelnen Menschen. Es wurden Sündenböcke gebraucht und dort gesucht, wo sie am bequemsten zu finden waren. Am bequemsten zu finden waren solche Sündenböcke natürlich im Lager der Republik. Bald verdichtete sich diese Suche nach Sündenböcken zu einer konsequenten, persönlich zugespitzten Hetze, deren Zielpunkte Erzberger, Rathenau, Friedrich Ebert u. a. wurden. Belege für eine Gesinnung, die das Ehrenwort vom Volke der Dichter und Denker höchst sonderbar glossieren, finden sich aus jener Zeit in Hülle und Fülle.

Nun wäre diese Art von nachträglicher Rache am Laufe der Weltgeschichte weiter nicht gefährlich, wenn sie sich an den verschiedenen Stammtischen ausgetobt hätte. Allein die Wirkung der Ressentiments gegen den neuen Staat ging weit über diesen Bereich hinaus. Es wurde davon eine Jugend ergriffen, die im Weltkrieg meist noch die Bänke unsrer Mittelschulen drückte. Diesen jugendlichen Jahrgängen der letzten Kriegszeit und der darauffolgenden Jahre der Inflation ist es nicht gut ergangen. Sie sind um die beste Zeit ihres Lebens betrogen worden, aber dieser Raub fällt dem Kriege zur Last, nicht der Republik, die den Krieg nicht begonnen und damit auch nicht verloren, die ihn aber zu liquidieren hatte. Der überall zu spürende Druck dieser Liquidation wirkte natürlich auch auf die Jugend des mittlern und kleinen Bürgertums. Der Zudrang zu den Mittelschulen und nachher zu den Universitäten nahm Formen an, die zwangsläufig zur Bildung eines vorher in Deutschland in diesem Umfang nie dagewesenen akademischen Proletariats geführt haben. Auch im wilhelminischen Deutschland hat es nicht so viele Stellen gegeben, um diese Anwärter im Heer und in der Verwaltung unterzubringen. Die psychologischen Folgen stellten sich rasch ein. Die Kreise unsrer angehenden und halbfertigen Akademiker geben den fruchtbarsten Boden ab für alle Bestrebungen, die sich gegen den neuen deutschen Staat richten. Von Lehrern und Eltern wird dieser Boden mit einer Hingabe kultiviert, die nur beweist, wie schwer es doch eine nachwachsende Generation hat, und wie lange sie mit den Köpfen ihrer Großväter denkt.

Was ist nationaler Aktivismus?

Die bisher geschilderten Zusammenhänge und Zustände hätten nicht notwendig eine Gefahr für die Republik werden müssen. Denn der gebildete Deutsche neigt seiner ganzen Art nach mehr zur Betrachtung als zum Handeln, ganz sicher auf politischem Gebiete, wo Aktivität noch nie eine Stärke des deutschen Bürgertums gewesen ist. Diesen Schuß Stahl ins Blut empfingen die Gegner der Republik aus einer Schicht, die sich im kaiserlichen Deutschland sehr bewußt und betont von allem Zivilwesen zu scheiden wußte. Durch den Ausgang des Krieges wurde eine große Anzahl von Offizieren aus der Bahn geworfen, darunter junge, ehrgeizige Menschen, die mit Leidenschaft ihrem Soldatenberuf anhingen. Es wäre unsinnig, diesen Leuten daraus einen Vorwurf zu machen. Zu Soldaten bestimmt, konnten sie nichts andres sein als Soldaten und gingen jeder Gelegenheit nach, die sich einem Soldaten bot. An solchen Gelegenheiten fehlte es in den Wirren der ersten Jahre nach dem Kriege nicht. Immer finden wir militärische Aktivisten in der ersten Reihe, ob es sich nun um die Kämpfe im Baltikum handelt oder in Oberschlesien. Aber auch bei allen innerpolitischen Reibungen begegnen sie uns, im Kapp-Putsch wie im Ruhr-Abwehrkampf und im Küstriner Aufstand. Stets in Unruhe und Bewegung, fühlen sie sich mehr und mehr eingeengt durch die auf lange Sicht zielbewußt eingestellte Politik des neuen Staates. Nach dem Fehlschlag des Kapp-Abenteuers verdichtet sich in den Kreisen dieser militärischen Aktivisten die Stimmung gegen einzelne republikanische Führer. Erzberger fällt unter ihren Kugeln, Walter Rathenau folgt. Nationaler Aktivismus? Auch wer den Rathenau-Attentätern Kern und Fischer die edelsten Motive für ihre sinnlose Tat zubilligt, wird um diese Tat selbst nicht herumkommen. Diese Tat ist und bleibt aber Meuchelmord und wird durch keine noch so funkelnde „nationale" Beleuchtung etwas andres.

Falsche Schlüsse könnten dazu führen, nun schlechthin jeden „nationalen Aktivismus" von den Erzberger- und Rathenau-Schützen abzuleiten. Menschen von dieser fanatischen Entschluß- und Tatkraft sind aber selten und hinterlassen auch kaum direkte Schüler. Die Gefahr liegt vielmehr in einer falschen Idealisierung solcher Menschen, und diese Gefahr ist für niemand größer als für eine Jugend, die ihre Helden leider immer noch in einer blutigen Romantik sucht. Eine Gesinnung, die — sei es heimlich oder offen — Taten wie die Morde an Erzberger und Rathenau billigt, ist aber niedriger und darum gefährlicher als diese Taten selbst. Eine Nation wie die deutsche auf diesem Wege national aktivieren, heißt nichts andres, als Deutschland auf eine Ebene herabdrücken, in der heute nicht einmal mehr der Balkan oder die Staaten Lateinamerikas zu finden sind.

(Schluß folgt.)

Reichsbanner-Beobachter

Eine Großbank und die „nationale" Presse.

Im „Fridericus" waren gegen die Deutsche Bank heftige Angriffe gerichtet worden. Man warf leitenden Beamten vor, daß sie auf Umwegen über eine Amsterdamer Bank Geschäfte an der Berliner Börse getätigt hätten, um für diese Geschäfte nur die für ausländische Banken ermäßigte Steuer tragen zu müssen. Der „Völkische Beobachter" hat diese Angriffe wiederholt und die „Frankfurter Zeitung" weist mit Recht daraufhin, daß man von der Deutschen Bank eine Stellungnahme erwarten könne. Auch uns scheint es um so notwendiger zu sein, daß die Bank endlich ihr Schweigen bricht, als der „Fridericus" behauptet, daß man versucht habe, die Einstellung weiterer Angriffe mit erheblichen Summen zu erkaufen.

Wir lassen es heute noch dahingestellt, ob die Behauptungen des „Fridericus" der Wahrheit entsprechen. Bemerkenswert scheint uns aber die Schärfe zu sein, mit der der „Fridericus" über die „nationale" Presse herfällt, weil sie es abgelehnt habe, zu der „Sensationsmeldung" Stellung zu nehmen, bevor durch Gericht und Deutsche Bank die Angelegenheit geklärt sei. Er meint, gegenüber dem Reichspräsidenten Ebert und in andern Fällen habe man von einer solchen Feinfühligkeit der „nationalen" Presse nichts bemerken können:

„Es sind Ströme von Druckerschwärze geflossen, um den Reichspräsidenten Ebert, der ganz gewiß nicht der Freund des „Fridericus" war, in den Augen des Volkes als einen der Mitschuldigen, als einen der Anstifter des Januar-Streiks zu brandmarken. Es sind Ballen von Zeitungspapier bedruckt worden mit Anschuldigungen über Anschuldigungen, die mit dem Barmat-Komplex zusammenhingen und viele hohe Würdenträger und Parteimänner in Deutschland betrafen. Und gar bei Erzberger hat man ganz sicher auf seiten der großen nationalen Tagespresse nicht so lange gewartet, bis er mit Helfferich vor Gericht stand, sondern man hat ihn durch die Veröffentlichungen gezwungen, vor Gericht zu gehen und sich Helfferich zu stellen.

Merkwürdig also, wenn die große nationale Tagespresse sich plötzlich darauf besinnt, daß es Pflicht der anständigen Presse sei, nicht Sensationsmeldungen nachzugehen, sondern artig abzuwarten, ob und was die Gerichte der Republik zu solchen Angelegenheiten sagen.

Der Grund dieser Unterschiedlichkeiten ist leicht zu finden. Im Falle Ebert handelte es sich um einen politischen Gegner, der wirklich kein Geld hatte, das irgendwie der nationalen Presse nützlich sein könnte. Ebenso war es in der Erzberger-Affäre. Im Barmat-Prozeß ging es gegen einen Mann, der wohl viel Geld erschoben, aber auch viel Geld verloren hatte, der jedenfalls als Geldgeber für nationale Blätter nicht in Frage kam. Was konnte da also viel geschehen? Man konnte, wenn man wirklich einmal vorbeigehauen hätte, wegen Beleidigung vor Gericht kommen. Aber das traf ja nicht den Verleger, sondern irgendein armes Redakteurchen. Dieser Mensch mußte dann eben sehen, wie er mit der Gefängnis- oder Geldstrafe, die man ihm zudiktierte, fertig werden würde. Man stellte einfach einen andern Redakteur auf seinen Posten und hatte, wenn es wieder einmal vor Gericht ging, die Freude, einen vollständig unbescholtenen Redakteur vorführen zu können.

Im Falle der Deutschen Bank aber ging es an das, was den Verlegern gewisser nationaler Tageszeitungen das Liebste bei ihrer nationalen Betätigung ist, nämlich an den Geldbeutel. Nur weil man Angst hat, daß die mächtige Deutsche Bank sich am Geldbeutel der Herren Verleger rächen wird, nur weil man bange davor ist, daß man die dicken Anzeigen der Deutschen Bank vielleicht nicht mehr erhalten wird, nur aus Angst und aus Hochachtung vor dem allmächtigen Mammon liegt der gewisse Teil der nationalen Tagespresse hochachtungsvoll und ergebenst auf dem Bauch und wagt nicht, gegen die Deutsche Bank das zu sagen, was in Deutschland die Spatzen längst von den Dächern pfeifen."

Mit seiner Charakteristik der „nationalen" Presse hat der „Fridericus" ja ohne Zweifel recht. Aber er soll nur ja nicht so tun, als ob er sich etwa anderer Kampfmethoden befleißige. Er hat mit den Verleumdern Eberts in Reih und Glied gestanden. Und für ein Blatt, daß sich durch die Breittretung von Sensationen nährt, ist es kein finanzielles Risiko, sich auch einmal eine Großbank vorzubinden. „Fridericus" und „nationale" Presse sind durchaus einander wert. —

*

Deutsche Justiz.

In Braunschweig hat das Gericht mit einigen wenigen Aenderungen die einstweilige Verfügung gegen den „Volksfreund" bestätigt. Es hat die Aussagen der Berliner Polizeibeamten für nicht glaubwürdig erklärt, die Darstellung Franzens aber für glaubhaft gehalten. Und dabei will man noch davon reden, daß die Vertrauenskrise der Justiz im Begriff sei, überwunden zu werden!

*

Immer wieder nationalsozialistische Ausschreitungen.

Am 14. November fand in München eine Studentenversammlung statt, in der Kamerad Dr. Baerensprung sprach. Als ein Zwischenrufer aus dem Saal gewiesen werden mußte, griffen Nationalsozialisten die Besucher mit Stuhlbeinen und Bierkrügen an.

In Berlin-Schöneberg wurde ein Demonstrationszug des Reichsbanners in der Kirchstraße von einem Nazilokal aus mit Biergläsern beworfen. Es kam daraufhin zu einer Schlägerei, bei der die Nationalsozialisten den kürzeren zogen. Vier Nationalsozialisten wurden von der Polizei festgenommen.

Auch im Anschluß an die Sportpalastkundgebung wurden Kameraden von Nationalsozialisten überfallen. In einem Falle drangen Nationalsozialisten in eine Gastwirtschaft ein und schlugen mit Hieb- und Stichwaffen auf die im Lokal befindlichen Kameraden ein.

In einem gegen Reichsbannerkameraden angestrengten Prozeß wegen der Zusammenstöße in einer sozialdemokratischen Versammlung in Blaubeuren am 26. April, wurde einwandfrei festgestellt, daß die Nationalsozialisten ohne Veranlassung auf den Saalschutz des Reichsbanners mit Stühlen, Bierflaschen usw. eingedrungen sind. —